

aktuell



Österreichs Schulen weiterbringen

Jetzt kommt die neue Oberstufe

Schluss mit dem Sitzenbleiben macht Bildungsministerin Claudia Schmied für die Oberstufe. Angesagt sind künftig gezielte und individuelle Förderung anstatt dem Verlust eines Lebensjahres. Möglich wird das durch den demnächst in Begutachtung gehenden Entwurf zur Oberstufe NEU. Nach dem Ausbau der Neuen Mittelschule, der schulischen Ganztagsbetreuung sowie der Verkleinerung der Klassenschülerzahlen ist die Einführung der Oberstufe NEU ein weiterer Meilenstein der Bildungsreform.

Wichtiger Bestandteil des Gesetzesentwurfes wird auch eine Novelle zur Integration für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ab der achten Schulstufe sein.

Die Griechenland-Krise und die Kosten, die dadurch für die Euro-Staaten – zumindest mittelfristig – zu tragen sind, veranlassen Populisten von der FPÖ zu absurden Aussagen. Was würde passieren, wenn Griechenland, wie von Strache & Co gefordert, aus der Eurozone aussteigt? Gekostet hat das Engagement Österreichs bisher noch nichts. Aber sollte Griechenland nicht mehr Teil der Eurozone sein, ist das geborgte Geld dahin. Mehr dazu auf Seite 6

Eure Redaktion



Der Frage, wie bestmögliche Ausbildung und Beschäftigung für die Jugend gesichert werden können, ging ein „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs im obersteirischen Trofaiach nach Seite 14

THEMEN DER WOCHE

Nachhilfe-Ausgaben in Euro pro Kind 2011 (Umfrage)

Volksschule	681
Hauptschule	578
AHS-Unterstufe	641
AHS-Oberstufe	831
BMS	639
BHS	671

Quelle: APA, AK Wien, Ifes, Grafik: SPÖ

Ausgaben für Nachhilfe bestätigen Reformbedarf

Durchschnittlich 670 Euro gibt eine Familie pro Jahr für Nachhilfe aus. Für etwa ein Drittel der Schüler bedeutet dies eine tägliche Mehrbelastung. Diese Zahlen bestätigen: Eine Reform ist unumgänglich. ♦



Fotolia

Jede Förderung vor Schuleintritt ist ein Vorteil.

Gratiskindergartenjahr verlängert

„Das kostenlose und verpflichtende Kindergartenjahr für alle 5-Jährigen wurde verlängert. Damit erhalten alle Kinder die besten Bildungsmöglichkeiten und Startchancen für das spätere Schul- und Berufsleben, unabhängig von ihrer Herkunft. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die positive Auswirkung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, sagt SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. ♦



Zinner

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter stellt klar: Es wird keinen Ausverkauf von Staatsbeteiligungen geben.

Privatisierungsdiskussion beendet

Höchst erfreut ist SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter über die klare Positionierung von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner im Zusammenhang mit der Privatisierungsdiskussion der vergangenen Tage. Dieser hat erklärt, dass derzeit kein gutes Klima für Privatisierungen herrsche und Privatisierungen generell kein Selbstzweck seien. Für Kräuter ist die Ausverkaufsdebatte damit vom Tisch. „Der Wirtschaftsminister beendet mit seiner klaren Stellungnahme die unsinnige Diskussion“, sagt Kräuter. Weder die wirtschaftliche Situation noch das Börsenklima und schon gar nicht der Verzicht auf Dividendenzahlungen durch die Republik Österreich würden für einen Ausverkauf der letzten Staatsbeteiligungen an Unternehmen sprechen, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. ♦

Zitat der Woche

„Wirtschaftliche Stabilität und eigenständige Entscheidungen im Bereich der Sozialpolitik sind essenziell für die Unabhängigkeit Österreichs.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Ökostrom-Novelle

Österreich am Weg zur Atomstromunabhängigkeit

Mit dem Klimaschutz- und Ökostromgesetz wurde ein zukunftsweisendes Paket geschnürt. Ein wichtiger Schritt zur Unabhängigkeit von Atom-Strom-Importen.

Wir zeigen mit diesem Ökostromgesetz vorbildhaft, dass wir auf alternative Energien und Energieeffizienz setzen“, sagt Bundeskanzler Werner Faymann. Das Ökostromgesetz sieht nahezu eine Verdoppelung der jährlichen Fördersumme für Ökostromanlagen von 21 Millionen auf 40 Millionen vor. Diese Mittel werden auf die ver-

schiedenen Technologien, wie Windkraft, Photovoltaik oder Biomasse und Biogas sowie Kleinwasserkraftwerke aufgeteilt und bedeuten einen massiven Schub für die Weiterentwicklung und den Ausbau erneuerbarer Energien. Der Ökostrom-Anteil wird so gesteigert, dass die Unabhängigkeit von Atom-Strom-Importen ab 2015 gelingt. ♦

Bundeskanzler Werner Faymann: „Österreich soll bis 2015 unabhängig von Atomstrom-Importen werden.“



HBF/Wenzel



Die Burschenschaft

Die FPÖ spricht sich Mut zu und ist auf Selbstfindungskurs. Im Kampf, eine Linie zwischen „staatstragend“ und Burschenschaft zu finden, ist sie historisch noch jedes Mal gescheitert. Die FPÖ ist keine Partei, sie ist eine Burschenschaft.

„Die FPÖ ist nicht regierungsfähig. Sie verfügt über keine Personen, die etwas in einer Regierung verloren hätten.“

Seit Wochen schon trommelte die FPÖ, bei ihrem Parteitag in Graz ein „Schattenkabinett“ präsentieren zu wollen, um sich betont „regierungsfähig“ zu zeigen. Man muss nicht besonders in die Tiefe gehen, um sagen zu können: diese Partei ist nicht regierungsfähig, und sie verfügt auch über keine Persönlichkeiten, die man sich guten Gewissens in einer Regierung vorstellen könnte.

Schließen wir die Augen und stellen wir uns vor, das „Schattenkabinett“ der FPÖ sei in Regierungsverantwortung. Martin Graf etwa, dritter Nationalratspräsident und trotzdem in „unverbrüchlicher Treue“ der rechts-extremen Burschenschaft Olympia verbunden. Seine Mitarbeiter rekrutiert er am äußersten rechten Rand, worauf diverse Bestellungen dieser Leute bei einschlägig bekannten Nazi-Versand-Firmen hinweisen. Oder Harald Stefan, Grafs Burschenschafts-Kollege, der als „Schatten-Justizminister“ ins Spiel gebracht werden soll. Er moderierte in den Achtzigern Neonazi-Veranstaltungen im Juridicum, in denen über „Juden als bakterielle Krankheitserreger“ gesprochen wurde.

Oder Herbert Kickl, einer breiteren Öffentlichkeit wegen der Reden bekannt geworden, die er für Jörg Haider schreiben durfte und in denen europäische Politiker vom Rang eines Jacques Chirac beschimpft wurden („Westentaschen-Napoleon“). Manfred Haimbuchner, seines Zeichens stellvertretender Vorsitzender des „Witikobundes“, einer obskuren Geheimorganisation, in der man dem Vernehmen nach vom Anschluss an Deutschland träumt. Wir könnten die Liste fortsetzen, es aber auch kurz machen:



Die FPÖ ist keine Partei, sie ist eine Burschenschaft.

Dieses Schattenkabinett ist ein einziges Horrorkabinett!

Mit Spannung wird das „neue“ Programm der Freiheitlichen erwartet, schließlich wird es seit einem Jahr angekündigt. Bisher hatte die FPÖ keine Konzepte für die Zukunft des Landes anzubieten. Wofür die FPÖ inhaltlich steht, konnte man nur erraten, wenn man zurück auf die Zeit ihrer Regierungs-beteiligung sieht. Da wurde Volksvermögen verschertelt und gleichzeitig gingen zehntausende Jobs verloren. Besonders krasse Beispiele dafür sind die Telekom und die Causa Buwog, aber auch die verschleuderte Austria Tabak.

Dreist ist in diesem Licht die sauteure Plakat-kampagne der Freiheitlichen: Österreich dürfe Griechenland nicht helfen und soll den Euro-Raum verlassen. Was nicht dazugesagt wird: Die FPÖ hat Griechenland in die Euro-

Zone geholt. Kanzler Schüssel und der damalige FPÖ-Finanzminister Grasser haben mit Zustimmung der FPÖ in der Regierung beim EU-Gipfel im Juni 2000 in Portugal die Einführung des Euro in Griechenland beschlossen. Die FPÖ sagt, ohne Euro würde es uns besser gehen. Wahr ist, dass wir seit Bestehen des Euro 27 Milliarden für unsere Volkswirtschaft lukriert haben. Am Export in die Eurozone hängt eine halbe Million Arbeitsplätze.

Die Griechenland-Kredite Österreichs betragen als Höchstgrenze 2,3 Mrd. Euro. Die Haftungen für die von den Blauen ruinierte Kärntner Hypo-Bank waren zehnmal so hoch. Die Hypo hat, von FPÖ und BZÖ durch jahrelange Miss- und Freunderlwirtschaft bis zur Pleite heruntergewirtschaftet, die Steuerzahler mindestens 800 Millionen Euro gekostet. Von ihrer schlechtesten Seite zeigte sich die FPÖ unlängst, als über nicht aberkannte Ehrenbürgerschaften Adolf Hitlers in einigen Gemeinden diskutiert wurde. Nicht genug, dass sich FPÖ-Funktionäre vor Ort gegen diese Annullierungen wehrten. Strache selbst sorgte im EU-Parlament in Straßburg für einen Eklat. Als ein ORF-Reporter Straches „Kollegin“ Marine Le Pen, Vorsitzende der extrem rechten französischen Front National, fragte, was sie zu diesem Thema sage, quittierte Strache das mit dem Wort „Nestbeschmutzer“. Was für ein außenpolitischer Auftritt!

Die FPÖ ist nicht regierungsfähig. Sie verfügt über keine Personen, die etwas in einer Regierung verloren hätten. Die FPÖ besteht den Sach- und Kompetenztest nicht, ihr fehlt die Zukunftskompetenz. Wir müssen das aufzeigen und konsequent vor dieser Scharlatan-Partei warnen. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



BILDUNGSREFORM

Vorwärtskommen statt

Mit der Oberstufe NEU setzt Bildungsministerin Claudia Schmied auf gezielte und individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern. Das oftmals unnötige und teure Wiederholen ganzer Schulstufen soll damit bald der Vergangenheit angehören.



Individuelle Lernbegleiter und Förderkurse sollen den Schülern dabei helfen, Defizite rechtzeitig aufzuarbeiten.

„Bei der Oberstufe NEU kann damit gerechnet werden, dass bei durchschnittlich 60 Prozent der Schüler keine Schulstufenviederholung mehr notwendig ist.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Die Bildungsreform schreitet voran. Die Mehrzahl der Maßnahmen des 9-Punkte-Bildungsprogramms von Ministerin Claudia Schmied sind beschlossen oder bereits in Umsetzung – etwa der Ausbau der Neuen Mittelschule und der schulischen Ganztagsbetreuung oder das Schulleiterprofil NEU. Mit der Einführung der Oberstufe NEU wird nun ein weiterer Schritt gesetzt, um Österreichs Schulen nachhaltig zu reformieren. Ein entsprechender Gesetzesentwurf geht in Kür-

ze in Begutachtung. Genauso wie eine Novelle zur Integration ab der achten Schulstufe für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Zwei Maßnahmen, die dazu beitragen, das österreichische Bildungssystem in Sachen Chancengerechtigkeit noch weiter nach vorne zu bringen.

Probleme gezielt angehen

„Es ist uns ein großes Anliegen, einerseits die Bildungswege effizienter zu gestalten und andererseits besser auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen“, sagt die Bildungsministerin. Mit der Oberstufe NEU gelingt das auf mehrfache Weise. Das Wiederholen von ganzen Schulstufen ist pädagogisch nicht sinnvoll und volkswirtschaftlich teuer. Eines der Kernziele des Regierungsprogramms ist daher, Klassen-

wiederholungen zu reduzieren. „Sitzenbleiben ist vor allem ein Problem der Oberstufen. Zehn Prozent der Schüler sind hier nicht berechtigt, in die nächste Klasse aufzusteigen“, erklärt Schmied. Mit der Einführung eines modularen Kurssystems, mit Förderkursen und individuellen Lernbegleitern soll dieses Problem gezielt angegangen werden.

Oberstufe mit „Frühwarnsystem“

Diese Maßnahmen fungieren in der Oberstufe NEU als „Frühwarnsystem“. Und das funktioniert so: „In einem ersten Schritt geht es darum, dass Schüler, Eltern und Lehrer Lernvereinbarungen treffen und gemeinsam überlegen, wie diese erreicht werden können“, erläutert Schmied. Besteht die Gefahr, dass ein Schüler die geforderte Leistung nicht erbringen kann – droht ihm also ein Fünfer – wird er darüber rechtzeitig informiert. Er kann sich dann einen Lehrer seines Vertrauens als Lernbegleiter suchen, der ihn beim Aufholen des Lernstoffes unterstützt. Wesentlich beim neuen Kurssystem ist, dass es aus Modulen besteht, und zwar mindestens aus zweien pro Semester. „Dadurch wird der Lernstoff übersichtlich gegliedert“, erläutert Schmied. Schließt ein Schüler ein Modul negativ ab, muss er künftig nur noch diese Modul-Prüfung wiederholen, positive Leistungen bleiben erhalten, der Klassenverband bestehen. Um den Lernstoff aufzuholen, steht ihm der Lernbegleiter zur Verfügung. Schulen können außerdem autonom entscheiden, ob sie individuelle oder Gruppen-Förderkurse anbieten. Neu ist auch: Beim dritten bzw. (nach Entscheidung der Direktion) vierten Prüfungsantritt pro Modul kann sich der Schüler von einem anderen Lehrer prüfen lassen.

Druck von den Eltern nehmen

„Klassenwiederholungen im großen Stil werden damit bald der Vergangenheit angehören“, ist Schmied überzeugt. Sie rechnet damit, dass mit der Oberstufe NEU „bei

Sitzenbleiben

durchschnittlich 60 Prozent der Schüler keine Schulstufenwiederholung mehr notwendig ist“. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen das. Derzeit laufen an 27 Schulstandorten Schulversuche mit der Oberstufe NEU. Die Zahl der Klassenwiederholungen sank zum Teil drastisch, je nach Standort von 12 bis 21 auf fünf bis zehn Prozent. Bei der Reduktion von Schulstufenwiederholungen geht es nicht um „Erleichterungen“, betont Schmied, sondern um eine neue „Lehr- und Lern-Kultur“ und um „schrittweise und kontinuierliche Leistungserbringung und die verbesserte Vorbereitung auf eine universitäre Ausbildung“. Und es geht darum, „den Druck von den Eltern zu nehmen und allen gleiche Chancen einzuräumen“, bekräftigt SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer. Denn durch die individuelle Förderung am Schulstandort werden auch teure Nachhilfen künftig immer weniger notwendig. Die Oberstufe NEU ist damit auch „familienpolitisch ein Meilenstein“, betont Mayer.

Chance auf selbstbestimmtes Leben

Aber nicht nur in den Oberstufen, auch an Polytechnischen und Haushalschulen wird es in Zukunft mehr Chancengerechtigkeit geben. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen diese Regelschulen künftig ab der neunten Stufe besuchen können. Galt bisher der positive Abschluss der achten Schulstufe als Voraussetzung für den Besuch einer Polytechnischen Schule oder Haushalschule, ist nun für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf der Besuch der achten Schulstufe einer Volksschule, Hauptschule oder Sonderschule das Kriterium. Damit sollen die Bildungschancen erhöht und die Berufsaussichten verbessert werden. Denn, „ein Arbeitsplatz mit eigenem Einkommen ist eine Grundvoraussetzung für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben“, betont SPÖ-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderung Ulrike Königsberger-Ludwig. Beide Gesetzesentwürfe werden noch diesen Herbst im Parlament behandelt und sollen ab September 2012 in Kraft treten. Für die Oberstufe NEU gilt eine fünfjährige Übergangszeit, in der bis 2016 schrittweise alle Schulen auf das neue System umgestellt werden sollen. ◆

INTERVIEW

„Reform der Oberstufe hat Priorität“

Bildungsministerin Claudia Schmied im Interview mit SPÖ-Aktuell über die neue Lehr- und Lern-Kultur der Oberstufe NEU und den Preis des „Sitzenbleibens.“



„Sitzenbleiben ist teuer“, sagt Bildungsministerin Claudia Schmied.

„SPÖ Aktuell“: Was zeichnet die neue „Lehr- und Lern-Kultur“ in der Oberstufe NEU aus?

Claudia Schmied: In der Oberstufe wird der Lehrstoff in Zukunft besser gegliedert – in mindestens zwei Module pro Semester. Der Leistungsnachweis wird „portioniert“. Ist ein Schüler negativ, so holt er das Modul individuell oder in einem Förderkurs nach. Ein Lernbegleiter steht zur Beratung zur Verfügung.

Was entgegnen Sie Kritikern, die sagen, leistungsschwache Schüler werden nun einfach „durchgewunken“?

Schmied: Auch in der Oberstufe NEU müssen Leistungen erbracht und nachgewiesen werden. Jedes einzelne Semester muss positiv abgeschlossen werden, was sogar zu einer Verdichtung des Lern- und Leis-

Lehmann tungsklimas führen wird. Aber wieso sollte ein Schüler eine ganze Klasse wiederholen müssen, wenn er lediglich in einem Fach Schwierigkeiten hat, die mit gezielter Förderung viel besser aufgearbeitet werden können? Man muss auch sehen, dass das neue modulare Kurssystem besonders begabten Kindern sehr entgegenkommt. Sie können Module vorziehen und so schneller ihre Matura machen.

Warum gelten die neuen Regeln nur in der Oberstufe?

Schmied: Weil Sitzenbleiben vor allem ein Problem der Oberstufen ist. zehn Prozent der Schüler sind hier nicht berechtigt, in die nächste Klasse aufzusteigen. Das sind ab der 10. Schulstufe pro Jahr fast 9.400 Schüler. Bei den Hauptschulen und den AHS-Unterstufen liegt die Quote mit 1,6 bzw. 4 Prozent deutlich darunter. Eine Reform der Oberstufe hat für uns daher Priorität.

Mit welchen Zusatzkosten ist die Oberstufe NEU verbunden?

Schmied: Wir können davon ausgehen, dass mittelfristig gesehen keine Mehrkosten entstehen. Sitzenbleiben ist teuer, es kostet den Staat pro Schuljahr derzeit rund 35 bis 40 Millionen Euro. Wenn man das unnötige Wiederholen ganzer Schulstufen reduziert, gewinnen wir finanziellen Spielraum. ◆

GRIECHENLAND

Notwendige Feuerwehr-Aktion

Griechenland muss vor der drohenden Pleite gerettet werden, sonst bekommt das die gesamte europäische Wirtschaft schmerzhaft zu spüren. Allerdings sollen sich auch private Banken beteiligen, fordert Kanzler Werner Faymann.



Für das EU-Rettungspaket hat Athen strenge Auflagen von der EU bekommen. Notwendig ist ein Schuldenabbau Schritt für Schritt.

Löschen helfen, damit Flammen nicht übergreifen

Fazit: Die Hilfsleistungen sind notwendig, um den Schaden für den gemeinsamen Wirtschaftsraum so klein wie möglich zu halten. Würde man Griechenland in die Pleite schicken, würde man auch andere Länder in Schwierigkeiten bringen. „Wenn das Haus des Nachbarn brennt, helfe ich löschen. Allein schon deshalb, damit die Flammen nicht übergreifen“, so SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer.

Die SPÖ fordert allerdings, dass sich auch private Banken stärker an der Griechenland-Hilfe beteiligen. Private Banken sind „bei dieser Krise immer einen Schritt hinter dem Staat gestanden“, kritisiert Bundeskanzler Werner Faymann und fordert Finanzmarktregeln, die eine höhere Beteiligung Privater ermöglichen. Ein harter Schuldenschnitt („Haircut“), wie er etwa von den Grünen gefordert wird, ist jedenfalls auch keine Lösung: Treffen würde dies im Wesentlichen nur die Steuerzahler.

Noch keine Kosten für Österreich

Österreich hat bisher 1,2 Mrd. Euro Kredite an Griechenland vergeben; 19 Mio. Euro Zinsen kamen bisher dafür zurück. Gekostet hat das Engagement Österreichs bisher noch nichts. Die EU-Staaten borgen Geld gegen Zinsen und verpflichten Griechenland zu einem drastischen Reformprogramm. So muss Staatseigentum privatisiert und etwa die Steuereinnahme der Griechen neu organisiert werden. Experten warnen allerdings auch davor, Griechenland in einen billigen Ausverkauf zu treiben, weil dann die Basis für den wirtschaftlichen Aufbau fehlt. „Wenn Griechenland jetzt zur allgemeinen Schnäppchenjagd einlädt, weil unkontrolliert versteigert werden muss, ist das eine Vermögensvernichtung“, so SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter. Auch Jan Krainer sieht wenig Sinn darin, Griechenland kaputtzusparen, weil dann die Wirtschaft kollabiert und die Arbeitslosigkeit explodiert. „Die EU muss darauf achten, dass Geld für positive Entwicklungschancen übrig bleibt“, so der SPÖ-Abgeordnete. ♦

Mit täglich neuen Hiobsbotschaften – zuletzt über die Abstufung durch Ratingagenturen auf den

extrem schlechten Wert CCC – beschäftigt Griechenland und seine Finanz-Krise die europäische Politik. Eines ist jetzt schon klar: Ohne massive Hilfe der EU durch Kredite und Haftungen wird Griechenland der drohenden Pleite nicht entgehen können. Und diese gilt es zu verhindern. Denn Griechenland bankrott gehen zu lassen oder aus der Euro-Zone zu schmeißen, wie es FPÖ oder BZÖ fordern, würde die europäische Wirtschaft insgesamt nach unten ziehen:

- ▶▶ Würde Griechenland aus dem Euro austreten und eine neue – schwache – griechische Währung einführen, wären die bestehenden Schulden weiterhin in Euro zu bezahlen. Das Land könnte die Kredite erst recht nicht tilgen.
- ▶▶ Zudem würden die Bürger sofort die Banken stürmen, um ihr Ersparnis in Sicherheit zu bringen, was zum Zusammenbruch der Banken führen würde – das würde auch andere europäische Banken mit nach unten reißen.
- ▶▶ Eine größere Finanzkrise als je zuvor wäre die Folge, damit Arbeitslosigkeit und Wachstumseinbrüche.

HINTERGRUND

„Unser Geld für unsere Bank“

Die FPÖ überzieht dieser Tage mit millionenteuren Inseraten die Tageszeitungen. „Unser Geld für unsere Leut“, so der Slogan, mit dem gegen die Griechenland-Hilfe polemisiert wird. „Unser Geld für unsere Bank“, müsste Straches Inseraten-Slogan wohl eher heißen. Denn die Freiheitlichen sind wenig zimperlich, wenn es darum geht, Steuergelder für die eigene Misswirtschaft zu verwenden. So musste der österreichische Staat für das von FPÖ/FPK verantwortete Desaster bei der Kärntner Hypo Bank mit Haftungen von 20 Mrd. Euro einspringen. Das ist das Zehnfache an Haftungen, das Österreich maximal für Griechenland ausgeben würde. 700 Mio. Euro musste der Staat dabei schon abschreiben. „Strache sollte das Geld für die Schaltung von schäbigen Inseraten einsparen und als Entschädigung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler anbieten“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.



Quelle: WIFO/Statistik Austria

Ein Gewinn für Österreich!

Casinos Austria setzt auf Partner aus der Region.
Von Spielgeräten über Bauaufträge bis hin zu Speisen und Getränken - Casinos Austria kauft im eigenen Land und sorgt damit für eine jährliche Produktionsleistung von fast 700 Millionen Euro*. Aus Überzeugung und zum Nutzen der heimischen Wirtschaft.

Gut für Österreich.


CASINOS AUSTRIA

EXTREMISMUS

Wenn jemand eine Reise tut, ...

... so kann er was erzählen. Dass das nicht immer nur Gutes sein muss, musste FPÖ-Chef Strache vergangene Woche erleben.

Mit dem Ziel, seine beiden „wilden“ EU-Abgeordneten in einer Parlamentsfraktion unterzubringen, pilgerte Strache nach Straßburg. Krönender Abschluss der Reise sollte eine gemeinsame Pressekonferenz mit Frankreichs Front National-Frontfrau Marine Le Pen sein. Was übrig blieb, war ein handfester Eklat, der europaweit für Schlagzeilen sorgte. Als bei der Pressekonferenz die Weigerung einiger FPÖ-Mandatare, Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft abzusprechen, zur Sprache kam, verlor Strache nämlich die Nerven und begann Qualitätsjournalisten anzupöbeln und zu beschimpfen. Aus der Aufnahme der FPÖ-Abgeordneten in die EFD, die rechte Fraktion im EU-Parlament, wurde auch nichts. Fazit: Nicht mal Europas Rechtsparteien wollen an der FPÖ anstreifen.

Deutschnationales am Parteitag

Auch der FPÖ-Parteitag in Graz lässt einiges an Skurrilität erwarten. Neben der Präsentation eines Schattenkabinetts, das



In die Enge gedrängt und ausgezuckt: FPÖ-Chef Strache ist Journalistenfragen nicht gewachsen und beginnt zu pöbeln.

wohl eher einem Gruselkabinett gleichkommen dürfte, will die FPÖ auch ihrer Sehnsucht nach Deutschland wieder verstärkt Ausdruck verleihen. Mit dem Bekenntnis, dass Österreich „Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft“ ist, streckt die FPÖ die Hand in Richtung rechten Rand aus. Vielleicht eine kleine

Wiedergutmachung wegen Straches ominöser Absage beim Burschenschaftler-Gedenken am 8. Mai. Der ehemalige Parteichef Jörg Haider hatte derartige Passagen aus dem Programm gestrichen, um sich von Deutschtümelei und rechten Recken zu distanzieren. Strache wählt einen anderen Weg. ♦

UMWELT

Rettet unsere Honigsammler!

Massensterben in heimischen Bienenstöcken: Imker klagen bereits über den Ausfall eines Drittels ihrer Flugbienen. Die SPÖ setzt sich vehement für ein Verbot schädlicher Spritzmittel ein.

Österreichs Honigbienen geht es an die gelb-schwarz gestreiften Krägen: Die Pestizide Clothianidin und Imidacloprid, die als Maisbeize verwendet werden, machen den fleißigen Honigsammlern reihenweise den Garaus. In Österreich waren diese hochgiftigen Spritzmittel zuletzt im Frühsommer bei der Maisaussaat im Einsatz. Andere europäische Länder – Deutschland, Italien, Frankreich – haben bereits mit Verboten reagiert. „Österreich hinkt hier meilenweit hinterher“, kritisiert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Er fordert ein striktes Verbot der schädlichen Spritz- und Beizmittel.

Umweltminister spielt auf Zeit

Umweltminister Berlakovich konnte sich bisher nur auf halbherzige Regeln für die Art der Ausbringung der Pestizide festle-



gen. Obwohl die für Bienen letalen Folgen der Beizmittel bereits in zahlreichen wissenschaftlichen Studien nachgewiesen wurden, spielt Berlakovich auf Zeit. Er hat eine weitere Studie in Auftrag gegeben, die noch dazu von der chemischen Industrie zu 17 Prozent mitfinanziert wird. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Kräuter hinterlässt das einen „üblen Nachgeschmack“, verdient doch die Chemieindustrie gutes Geld mit dem Verkauf der Beizmittel. Die Ergebnisse der Studie sollen erst 2012 vorliegen. Sollte sich Berlakovich nicht vorher zu einem Verbot durchringen, müssen bis dahin weiter tausende fleißige Honigsammler ihr Leben lassen. ♦

Ohne Bienen keine Bestäubung: Das Massensterben hat auch dramatische Folgen für die Landwirtschaft.

Roman

Tochter und Vater

Nach dem Tod Pauls spürt seine Tochter seinem Leben nach und stolpert über einige überraschende Fakten.

Viola Roggenkamp knüpft mit ihrem Roman „Vater und Tochter“ an ihren Bestseller „Familienleben“ an. Paul war ein Held, so erzählten es ihre Mutter und Großmutter immer. So recht glauben mag sie das nicht, aber dennoch: Ihr Vater hat seine Geliebte und deren Mutter vor der Deportation und somit vor dem sicheren Tod gerettet. Er hatte Papiere gefälscht, die Gestapo ausge-trickst und Geld aufgetrieben, um die Flucht zu finanzieren. Jetzt, nach seinem

Tod, soll sie, seine Tochter, eine Rede über sein Leben halten. Roggenkamp führt die Leser auf eine Reise durch die Vergangenheit und arbeitet die komplizierte Vater-Tochter-Beziehung mit viel Feingefühl und Leichtigkeit auf. Vermeintliche Tatsachen werden hinterfragt und in ein neues Licht gerückt, sodass am Ende die Frage bleibt: War der Vater wirklich ein Held, wie ihn Mutter und Großmutter immer beschrieben haben, oder sieht die Wahrheit doch ganz anders aus? ◆

Politikgeschichte

China

Henry Kissinger war während seiner Amtszeit als US-Außenminister maßgebend an der Öffnung Chinas beteiligt. In „China“ beschreibt er seine Erfahrungen dieser Zeit.

Vor 40 Jahren trieb Henry Kissinger als US-Außenminister die Öffnung der USA gegenüber Chinas voran. Für ihn standen nicht die ideologischen Differenzen im Vordergrund – er stellte geopolitische Fragen in den Mittelpunkt. Sein Einfluss veränderte nicht nur die Beziehungen der USA mit China, sondern auch die Zukunft des asiatischen Staates. Mit seinem Werk liefert Kissinger eine ausführliche Darstellung der chinesischen Geschichte, an-

gefangen bei den frühen Dynastien bis hin zur heutigen Wirtschaftsmacht. Durch seine persönlichen Erfahrungen und Begegnungen gewährt Kissinger dem Leser Einblick in einen hochinteressanten Staat. Faktenorientiert und kompetent zeigt er ein Bild Chinas, welches für westliche Augen fremd erscheint, durch seine Erläuterungen gelingt es Kissinger jedoch, so manches mithilfe der Geschichte zu erklären. ◆

Politikwissenschaften

Entwicklungspolitische NGOs zwischen Markt und Staat

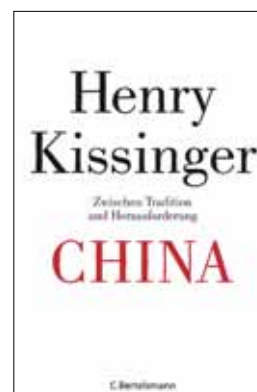
Im Zentrum von Eva Klawatsch-Treitls Buch stehen die NGOs und das Spannungsfeld, in dem sie sich befinden.

NGOs stehen in einem Spannungsfeld: Einerseits wollen sie Bildungs- und Projektarbeit leisten, andererseits sollen sie aber auch nach marktwirtschaftlichen Kriterien handeln. Dieser Spagat führe oft dazu, dass es bei den Akteuren, die sich zivilgesellschaftlich und entwicklungspolitisch engagieren, zu einem Gefühl der Machtlosigkeit komme. Klawatsch-Treidl begründet ihre Ausführ-

ungen mit dem Ansatz der Wirtschafts-alphabetisierung. Ihr Ziel ist es, zur Diskussion über Entwicklung und damit zum Entstehen kollektiven Wirtschaftswissens und lebensdienlicher Sozial- und Wirtschaftspolitiken beizutragen. Eva Klawatsch-Treidl ist Wirtschaftspädagogin und Ökonomin und arbeitet schon seit vielen Jahren im Bereich entwicklungspolitischer Bildung. ◆

☐ Stk.


Viola Roggenkamp:
Tochter und Vater.
Fischer Verlag, Frankfurt 2011;
269 S., 19,50 €

☐ Stk.


Henry Kissinger:
China.
Bertelsmann Verlag,
München 2011;
544 S., 26,80 €

☐ Stk.


Eva Klawatsch-Treidl:
Entwicklungspolitische NGOs zwischen Markt und Staat.
Mandelbaum Verlag,
Wien 2011; 257 S., 24,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!

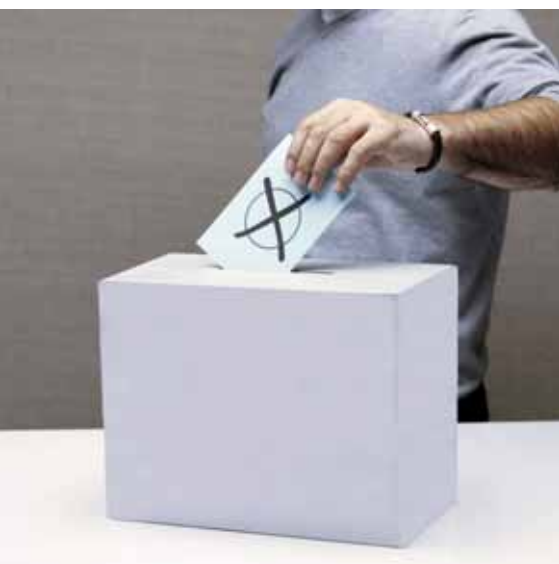


aktuell

WAHLRECHT

Missbrauch wird ein Riegel vorgeschoben

Durch die Änderungen des Wahlrechts soll Missbrauch verhindert werden. Nach Wahlschluss einlangende Wahlkarten dürfen in Zukunft nicht mehr gezählt werden. Auch das Wahlrecht für Häftlinge wurde neu geregelt.



Das geänderte Wahlrecht bringt Verbesserungen bei der Briefwahl. Betrug wird deutlich erschwert.

SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann sieht die Reform des Wahlrechts durchwegs positiv: „Die Neuregelungen verhindern vornehmlich die missbräuchliche Erlangung einer Wahlkarte. Außerdem wird mit der vorliegenden Lösung sichergestellt, dass nur Wahlkarten, die am Wahltag um spätestens 17 Uhr in einer Wahlbehörde eingelangt sind, in die Ergebnisermittlung miteinbezogen werden. Ein missbräuchliches Miteinbeziehen verspätet eingelangter Wahlkarten wird durch die neue Lösung verhindert.“

Regelung gilt bundesweit

Folgende Neuerungen gelten einheitlich für alle Wahlen: Erstens eine Änderung der Regelungen für die Beantragung einer

Wahlkarte beziehungsweise Stimmkarte mit dem Ziel, eine missbräuchliche Beantragung zu verhindern. Zweitens eine Änderung der Frist für das Einlangen der Wahlkarten oder Stimmkarten. Eine Stimmabgabe nach Veröffentlichung der ersten Hochrechnungen wird so verhindert. Drittens eine Änderung der Wahlausschlussgründe in Reaktion auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Demnach wird künftig nicht jeder, der zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, automatisch vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen sein. Eine solche Sanktion droht nur noch bei einer Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat zu mehr als fünf Jahren Haft bzw. bei einer zumindest einjährigen Haftstrafe wegen bestimmter Delikte wie etwa Landesverrat – oder Wahlbetrug. ♦

PENSIONEN

Schluss mit Zwangspensionierungen

Österreichs Pensionssystem steht auf sicheren Beinen – aber auch die Wirtschaft soll ihren Beitrag zu seiner nachhaltigen Sicherung leisten.

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits hält anlässlich einer von der WKÖ veröffentlichten Studie fest, dass das österreichische Pensionssystem auf sicheren Beinen steht. Allerdings werden 40 Prozent aller Pensionsanträge aus der Arbeitslosigkeit heraus gestellt, was die Sozialsprecherin auf Zwangspensionierungen und das Herausdrängen älterer Menschen aus dem Arbeitsprozess zurückführt.



„Die Wirtschaft sollte ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger beschäftigen und auch älteren Arbeitslosen vermehrt die Chance geben, sich zu bewähren“, appelliert Renate Csörgits an die Wirtschaft, auch ihren Teil zur Sicherung des Pensionssystems beizutragen. ♦

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen länger im Erwerbsleben bleiben – dafür zeichnen auch Unternehmen verantwortlich.

KREATIVWIRTSCHAFT

Generation Praktikum

Gerechte Entlohnung und soziale Absicherung sollen junge Menschen auch nach einem Praktikum in der Kreativwirtschaft halten.

Macht ein junger Mensch ein Praktikum, so tritt oft der eigentliche Sinn dieser Ausbildung in den Hintergrund und der Lernprozess muss oftmals anderen Dingen nachstehen. Aber nicht nur das Lernen kann zu kurz kommen – die Entlohnung der meist prekären Arbeitsverhältnisse entspricht nur selten der geleisteten Arbeit. „Gerechte Entlohnung und volle so-



ziale Absicherung sind Grundlagen, um interessierte junge Menschen auch längerfristig in der Kreativwirtschaft zu halten. Wir brauchen eine soziale Absicherung und vor allem eine bessere Informationspolitik“, so Elisabeth Hakel, SPÖ-Bereichssprecherin für Creative Industries. ♦

Prekäre Arbeitsverhältnisse und ungerechte Entlohnung sind Probleme der „Generation Praktikum“



JUSTIZ

Große Ungerechtigkeiten bei Schmerzensgeld für Justizopfer

Für einen verpatzten Urlaub erhält man mehr Schmerzensgeld als für eine ungerechtfertigte Haft infolge einer Verurteilung trotz Unschuld.



SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier fordert mehr Gerechtigkeit für Justizopfer.

Vergleicht man die Ansprüche auf Schmerzensgeld für entgangene Urlaubsfreuden und für entgan-

wertet wird als gestohlene Lebenszeit in einem Gefängnis“, betont SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier.

gene Lebenszeit, so fällt auf, dass hier eine große Ungerechtigkeit vorherrscht. Urlauber sind bessergestellt als Opfer einer ungerechtfertigten Haft. Pro Tag Freiheitsentzug besteht Anspruch auf Schmerzensgeld von maximal 50 Euro – im Vergleich dazu hat ein Urlauber Anspruch auf bis zu 120 Euro. „Ich halte das persönlich und rechtspolitisch für absolut verfehlt, dass verpatzter Urlaub hinsichtlich der Schmerzensgeldansprüche höher be-

Europaweit einheitlicher Rechtsrahmen gefordert

Der SPÖ-Abgeordnete fordert einen europaweit einheitlichen Rechtsrahmen mit Mindeststandards für staatliche Justizopfer. In Anbetracht von europäischen Haftbefehlen wäre dies jedoch eine unbedingte Notwendigkeit, denn nicht in allen Mitgliedstaaten der EU kann Anspruch auf Entschädigung geltend gemacht werden. Die entsprechende EU-Richtlinie wurde zwar überarbeitet aber die Entschädigung staatlicher Justizopfer wurde nicht berücksichtigt. „Es muss sichergestellt werden, dass in Europa nicht nur ein unbeschränkter Rechtszugang und Rechtsanspruch auf Entschädigung besteht, sondern, dass rasch eine finanziell angemessene und wirksame Entschädigung gewährt wird“, gibt Maier zu bedenken. ♦

WHO-BERICHT

Jeder siebte von Behinderung betroffen

Das ist das Ergebnis des ersten globalen Berichts von WHO und Weltbank zum Thema Behinderung. Auffallend ist der offensichtliche Zusammenhang von Armut und Behinderung.

SPÖ-Sprecherin für Menschen mit Behinderung Ulrike Königsberger-Ludwig nimmt den Bericht zum Anlass, mehr Maßnahmen für die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung zu fordern. „Armut und Behinderung stehen im Zusammenhang, auch in einem hoch entwickelten Land wie Österreich“, so die Abgeordnete, die Assistenz für Menschen mit Behinderung und bestmögliche Bildung für Kinder mit Behinderung fordert, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Ihr Einsatz gilt dem Abbau von Barrieren in allen Bereichen. ♦



NRAbg. Ulrike Königsberger-Ludwig will vor allem bei Rehabilitation und Zugang zum Arbeitsmarkt noch viel mehr für Menschen mit Behinderung erreichen.

STUDIE

„Generation Praktikum“ leider Realität

Eine aktuelle Studie im Auftrag des Sozialministeriums zeigt, dass faire Entlohnung und soziale Absicherung bei Praktika nicht immer gegeben sind.

Viele Praktika sind nur dem Schein nach Ausbildungsverhältnisse, oft sind Praktikantinnen und Praktikanten nur schlecht bezahlte Ersatzarbeitskräfte“, kritisiert die Kinder- und Jugendsprecherin der SPÖ, Angela Lueger. Erfreulich ist, dass es mit der Studie endlich wissenschaftlich fundierte Hintergrundinformationen gibt. Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat bereits angekündigt, auf Basis der Schlussfolgerungen der Studie ein Maßnahmenpaket zu schnüren. „Die Richtung, in die



Fotolia

es gehen muss, ist klar: Wir brauchen gerechte Lösungen für junge Menschen gerade am Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben“, sagt Lueger. ♦

Mehr Information über die Rechte von Praktikanten fordert die SPÖ.

WIEN

Mitreden. Mitmachen. bei der SPÖ Wien



Die SPÖ Wien hat die größte Mitgliederbefragung in der Parteigeschichte gestartet. Bis Ende Juni haben Mitglieder noch die Möglichkeit, ihre Meinung zur Partei, zu Bildung und Sozialen kundzugeben.

Allen Wiener SPÖ-Mitgliedern wurde per Post ein umfangreicher Fragebogen zugesandt. Dieser beschäftigt sich zum einen mit Fragen des Auftretens, der Attraktivität und der Bürgernähe der Partei. Außerdem holt die Wiener SPÖ

die Meinung ihrer Mitglieder zu aktuellen politischen Themen ein. „Der Befragungsmodus schafft viel Raum für Ideen, Anregungen, auch für kritische Anmerkungen“, sagt Landesparteisekretär LABg. Christian Deutsch zum neuen Projekt. Bis Ende Juni können die Wiener SPÖ-Mitglieder die Fragebögen ausfüllen und retournieren. Die Befragung ist selbstverständlich anonymisiert.

Bürger in Entscheidungen einbinden

„Die Menschen befragen, in Entscheidungen einbinden und konkrete Lösungen anbieten. Das ist der Zugang der Wiener SPÖ zu politischen Entscheidungsprozessen. Diese Bürgernähe werden wir in Zukunft mit verschiedensten Partizipa-



LABg. Christian Deutsch will in Fragen der Bildung und des Zusammenlebens „einen klaren Handlungsauftrag von unserer breiten Basis“ bekommen.

tionsmöglichkeiten noch weiter ausbauen“, betont Deutsch.

Eine Teilnahme ist für die Mitglieder auch online unter www.mitreden.wien.spoe.at möglich. Der dafür notwendige Teilnahmecode wird gemeinsam mit dem Papierfragebogen per Post zugesandt. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung werden Anfang September präsentiert. ♦

INFO

Alle Infos rund um die Mitgliederbefragung gibt es unter der Service-Nummer (01) 535 35 35.

KÄRNTEN

Markt-Infotour gestartet



Die EHEC-Fälle in Deutschland haben auch heimische Konsumenten verunsichert. Peter Kaiser steuert mit einer Infotour gegen.

Mit einer Tour durch Kärntens größte Märkte will Landeshauptmannstellvertreter Peter Kaiser den Konsumentinnen und Konsumenten das Vertrauen in heimisches Gemüse wiedergeben. Rund um die EHEC-Fälle in Deutschland ist auch der Konsum von österreichischem Gemüse zurückgegangen, unsere Bauern mussten empfindliche Umsatzeinbußen hinnehmen. Völlig zu Unrecht. „Produkte von Kärntner Erzeugern haben beste Qualität, schmecken und sind frei von EHEC-Bakterien“, weiß Gesundheitsreferent Kaiser. Die ersten Stationen der Tour waren die Wochenmärkte in Völkermarkt und Villach. ♦



SPÖ Kärnten

LH-Stv. Peter Kaiser wirbt für die Vorzüge heimischen Gemüses.

TIROL

Konferenz im Zeichen der Umwelt



Auf Initiative von Umweltlandesrat LH-Stv. Hannes Gschwentner fand am 10. Juni in Innsbruck die Konferenz der Umweltreferenten statt.

In seiner Funktion als Umweltlandesrat, hat LH-Stv. Gschwentner die österreichischen Umweltreferenten eingeladen um gemeinsam über aktuelle Umweltfragen zu diskutieren. Im Zentrum des Treffens standen der Ausstieg aus der Atomenergie und die damit einhergehende Energieautarkie. Die Vertreter der Bundesländer bestätigten den Ausstieg aus der Atomenergie als den richtigen Weg für eine energieautarke Zukunft Österreichs. „Der Ausstieg aus der Kern-

energie muss konsequent verfolgt werden. Die sinnvollste Energie-Alternative für Tirol sehe ich im maßvollen Ausbau der Wasserkraft“, betont Gschwentner. ♦



Raus aus dem Atomstrom - rein in erneuerbare Energieformen.

BRUNO-KREISKY-PREIS

Das politische Buch 2010



Am 10. Juni wurde der Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2010 verliehen. Die prämierten Werke stehen ganz in der Tradition der Aufklärung.

Der Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch wird vom Dr.-Karl-Renner-Institut seit 1993 im Gedenken an Bruno Kreisky verliehen. Auch heuer wurden wieder Werke prämiert, welche den Werten und Zielvorstellungen Bruno Kreiskys entsprechen. Der mit 7.000 Euro dotierte Preis wird von einer unabhängigen Experten-Jury, unter Vorsitz von SPÖ-EU-Abgeordneten Hannes Swoboda, jährlich vergeben.

In der Tradition der Aufklärung

Die Werke der diesjährigen Preisträger stehen alle in der Tradition der Aufklärung und bieten Anstöße für zukünftiges politisches Handeln. Am 10. Juni wurden der Hauptpreis, der Anerkennungspreis und der Sonderpreis des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Österreich für verlegerische Leistungen verliehen.



Knie

Alfred Gusenbauer und Hannes Swoboda mit Charles Taylor, dem Hauptpreisträger des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch 2010.

Religion, sprachliche Innovation und Osteuropa

Der Hauptpreis für das politische Buch ging dieses Jahr an Charles Taylor für sein Werk „Ein säkulares Zeitalter“. Zentrales Thema ist die Rolle der Religion in der Moderne. Sandra Innerwinkler er-

hielt für „Sprachliche Innovation im politischen Diskurs“ den Anerkennungspreis und der Verlegerpreis ging an den Wieser Verlag, der in über 20 Jahren an die 1.000 Bücher aus dem osteuropäischen Raum verlegt und somit den Kontinent in literarischer Hinsicht wieder vereint hat. ♦

SALZBURG

Wechsel in der Salzburger Landesregierung



Cornelia Schmidjell (im Bild mit SPÖ-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller) macht „soziale Gerechtigkeit“ zu ihrem zentralen Thema.



Cornelia Schmidjell folgt Erika Scharer als Gesundheits- und Soziallandesrätin nach.

Erika Scharer hat ihre Polit-Karriere 1982 bei den SPÖ Frauen in ihrer Heimatge-

SPÖ Sbg.

meinde Kaprun begonnen. Nach einem 5-jährigen Gastspiel in der Bundespolitik als Abgeordnete zum Nationalrat, folgte sie 2007 dem Ruf von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und wechselte als Gesundheits- und Soziallandesrätin in die Salzburger Landesregierung. Mit ihrem Rücktritt hinterlässt sie ein Ressort, das gerade in Zeiten des enormen Spardrucks eine große Herausforderung darstellt.

Lob von allen Seiten

„Sie lebte ihre Ämter gemäß ihrem Leitspruch immer aus vollem Herzen und mit voller Kraft für die Menschen“, erinnert sich Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Gesundheitsminister Alois Stöger schätzte, „das Engagement und die Fachkompetenz“. Aber auch

über die Parteigrenzen hinaus erntete Scharer durchwegs Anerkennung für ihre Arbeit.

Kompetente Nachfolgerin mit Erfahrung

Mit Cornelia Schmidjell hat Burgstaller eine sehr kompetente Nachfolgerin gewonnen. Ab 6. Juli kann die Neo-Landesrätin dann ihr Wissen und Können unter Beweis stellen. Erfahrung hat sie ja bereits bei der Arbeiterkammer sammeln können, wo sie seit 2004 die Abteilung für Sozialpolitik leitete. Dieses Know-How wird sich auch in ihrer Arbeit als Landesrätin widerspiegeln, so hat Schmidjell bereits angekündigt, „soziale Gerechtigkeit“ zum zentralen Thema ihrer Amtszeit zu machen. ♦



Her mit der Quote!

Frauen sind in Aufsichtsräten noch immer unterrepräsentiert. Das schadet nicht nur den Betroffenen, die an die „gläserne Decke“ stoßen, sondern auch den Unternehmen.



Fotolia

„Von einer gesetzlichen Quote würden nicht nur die Frauen profitieren, sondern auch die Unternehmen selbst.“

sind in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten der 300 wichtigsten europäischen Unternehmen nur 11,7 Prozent Frauen vertreten. Appelle an die Freiwilligkeit, mehr Frauen in Toppositionen zuzulassen, haben wenig gefruchtet. Daher sind verpflichtende Quoten unumgänglich. Dass Handlungsbedarf besteht, hat man nun auch auf europäischer Ebene erkannt. Die EU-Justizkommissarin Viviane Reding hat sich bereits mehrfach dafür ausgesprochen, dass es gesetzliche Regelungen braucht, damit mehr Frauen in Chefesseln aufrücken können. Anfang April wurden nun erste Vorschläge von Seiten der EU-Kommission präsentiert. Binnenmarktkommissar Michel Barnier verlangt im „Grünbuch für Unternehmensführung“, dass börsennotierte Unternehmen ihren Frauenanteil in den Führungsgremien erhöhen. Im Herbst könnte daraus ein Gesetzesvorschlag entstehen.

Von einer gesetzlichen Quote würden nicht nur die Frauen profitieren, sondern auch die Unternehmen selbst. Studien haben gezeigt, dass Frauen einen anderen Führungsstil als Männer haben, Probleme anders bewältigen und somit erheblich zu den Unternehmenserfolgen beitragen. Je ausgeglichener das Geschlechterverhältnis ist, desto positiver die Bilanzen. Eine Finanzkrise,

die dadurch geprägt war, dass in Versicherungen und Banken eine Männerriege die Spielregeln unter sich ausmachte, wäre mit einem höheren Frauenanteil nicht so leicht möglich gewesen. Aus diesem Grund habe ich mich im Rahmen des Berichts zu Corporate Governance für Finanzinstitutionen dafür stark gemacht, dass mehr Frauen in den Aufsichtsräten von Banken und Versicherungen vertreten sein sollen. Bei der Abstimmung konnte dann ein erster Erfolg erzielt werden. Die Mehrheit der EU-Abgeordneten hat sich für eine Quote von 30 Prozent ausgesprochen. Dass gesetzliche Frauenquoten wirksam sind, zeigt sich am Beispiel Norwegen eindrucksvoll: Innerhalb von fünf Jahren ist es gelungen, den Frauenanteil in den Aufsichtsräten von 25 auf 45 Prozent zu erhöhen. Doch nicht nur auf europäischer Ebene muss dringend gehandelt werden, auch die Nationalstaaten sind aufgefordert, endlich für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. In Österreich hat man aufgrund des Engagements von Frauenministerin Heinish-Hosek nun entsprechende Schritte gesetzt. Erst, wenn auf allen Ebenen klargestellt wird, dass man nicht mehr bereit ist, die „Männerwirtschaft“ unwidersprochen hinzunehmen, wird ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden und die Quotendiskussion künftig obsolet werden. ♦

Frauen in Führungspositionen tragen wesentlich zum Unternehmenserfolg bei. Per Gesetz sollen jetzt mehr Frauen in die Chefetagen aufrücken.

Trotz aller Verbesserungen, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten für Frauen erreicht wurden, ist eines noch nicht ausreichend gelungen: Die Anhebung des Frauenanteils in Führungspositionen. Laut dem BoardWomen Monitor des European Professional Women's Network

Evelyn Regner ist seit 2009 SPÖ-Europaabgeordnete (evelyn.regner@europarl.europa.eu) und Mitglied des ÖGB-Vorstandes.

Neues zum „Österreich 2020“-Prozess

Der Frage, wie bestmögliche Ausbildung und Beschäftigung für die Jugend gesichert werden kann, ging ein „Österreich 2020“ Zukunftsdiskurs im obersteirischen Trofaiach nach. Denn auch wenn die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich zu den niedrigsten in Europa zählt, muss das Qualifikations- und Bil-

dungsniveau junger Menschen weiter angehoben und an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst werden. Sozialminister Rudolf Hundstorfer diskutierte dies vor Ort mit voestalpine-Vorstandsdirektor Willibald Mautner, Landeshauptmann-Stellvertreter Siegi Schrittwieser und der Abgeordneten

Andrea Gessl-Ranftl. Wie wichtig das Thema ist, zeigte die Publikumsdiskussion, an der sich viele Interessierte rege beteiligten. Neues gibt es auch von **www.oe2020.at**: Eine eigene Übersichtsseite lässt alle Beiträge zu Atomausstieg, erneuerbarer Energie, Green Jobs etc. leicht finden. ♦

TERMINKALENDER

Montag, 20. 6.

Podiumsdiskussion: „Aus der Empörung lernen. Stresstest für Demokratie und Wirtschaft: Was gegen den Verlust an Vertrauen zu tun ist.“

Seit Mitte Mai 2011 sind die europäischen Demokratien mit einem neuen Phänomen konfrontiert: Der Protestbewegung „Echte Demokratie Jetzt!“. Sie hat ihr Zentrum im sozialdemokratisch regierten Krisenland Spanien, ist aber vernetzt auf dem ganzen Kontinent. Das Thema der Proteste ist die wachsende Ungleichheit und ungerechte Chancenverteilung in unseren Gesellschaften. Inzwischen ist daraus eine massive politische Absage an „das System“ insgesamt geworden, an Parteien, Politiker, Banker, Manager und Medien. Dieses Misstrauen vor allem der jungen Generation gilt nahezu unter-

schiedslos allen politischen Organisationen. Wie von politischer Seite darauf reagieren? Dieser Frage gehen Brigitte Ederer, Vorstandsmitglied der Siemens AG in München, wo sie den Bereich Corporate Human Resources leitet und Henrik Enderlein, Professor für politische Ökonomie an der Hertie School of Governance in Berlin nach.

Beginn: 18.30 Uhr
Urania, Dachsaal,
Uraniastraße 1, 1010 Wien

Dienstag, 21. 6.

Diskussionsveranstaltung: „The Project Russia 2020“

Im Herbst 2010, bat das „Carnegie Moscow Center“ Politikwissenschaftler aus dem Inn- und Ausland über die zukünftige Entwicklung Russlands zu diskutieren. Genauer unter die Lupe genommen wurden die Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft und politisches Leben. Diese Diskussionsveranstaltung hat zum Ziel, einige dieser Politikwissenschaftler zusammen zu bringen, um über mögliche Entwicklungsszenarien Russlands bis 2020 zu debattieren. Diese Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.

Beginn: 19.00 Uhr
Bruno Kreisky Forum,
Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Dienstag 21. 6.

Konferenz: „Roma am Arbeitsmarkt“

In der EU zählen die Roma mit zehn bis zwölf Millionen Menschen zu der größten ethnischen Minderheit und sind durch Diskrimi-

nierung und soziale Ausgrenzung benachteiligt. Armut, Arbeitslosigkeit und eingeschränkter Zugang zu Bildungseinrichtungen zeichnen das Leben der Roma aus. Mit welchen Problemen die Roma in Tschechien und der Slowakei tagtäglich konfrontiert sind und wie ihre Chancen am Arbeitsmarkt sind, diskutieren Expertinnen aus den Bereichen der Zivilgesellschaft und der Politik. Die Veranstaltung findet im Rahmen der EU-Projekte ZUWINS und ZUWINBAT zwischen ÖGB und den Gewerkschaften CMKOS und KOZSR statt.

Beginn: 10.00 Uhr
ÖGB-Zentrale,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Donnerstag, 30. 6.

Quadrige 08: „Verirren. Die Kunst des Umweges und des Nichtstuns.“

In unseren Breitengraden gilt der direkte kürzeste Weg als der einzig wahre. Dabei ist es oft besser, einen Umweg zu gehen, wenn man etwas Bestimmtes erreichen will. Darauf weisen auch vermehrt Psychologinnen, Philosophinnen oder auch Managementberaterinnen hin: Viele Ziele erreicht man leichter, wenn man die Kunst des Umweges beherrscht und manche Dinge findet man erst, wenn man sich verirrt hat. Und nicht nur das. Es geht in diesem Zusammenhang auch um die Bedeutung des „Abschaltens-Könnens“ und der Regeneration. Um Muße, darum, sich frei zu machen, sich treiben zu lassen.

Beginn: 18.30 Uhr
Palais Epstein,
Dr. Karl Renner Ring 1, 1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas
Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,
Sabine Pitterle, Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia
Schönecker, Michael Sifkovits, Andreas Strobl,
Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michael Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.spoe.at/musik

Sozialdemokratische Musik - Linke Lieder

Die Lieder der Arbeiterbewegung haben eine lange Tradition, die bis zur Französischen Revolution und sogar in die Zeit der Bauernkriege zurückreicht. Diese Musik ist gesungene Geschichte, international und ausgesprochen vielfältig – sowohl die Texte als auch die Musik betreffend. Werden nicht wenige österreichische und deutsche Arbeiterlieder mit Schwermut und Pathos vorgetragen

oder driften für heutige Verhältnisse etwas in Richtung Marschmusik ab, sind etwa die italienischen Canzone schwungvoller und fröhlich. Wir präsentieren hier eine kleine Auswahl an Musikvideos und MP3s, neu dabei etwa die gesamte „Proletenpassion“ der Schmetterlinge – viel Spaß beim Hören! Wir sind auch offen für Vorschläge – Mail an webredaktion@spoe.at





Hände schütteln

Bundestkanzler Werner Faymann bei der Eröffnung des 58. Österreichischen Gemeindetages in der Kitzbüheler Innenstadt. Der Gemeindetag stand unter dem Motto „Die Alterspyramide kippt – und unsere Gemeinden mit?“.

Flagge zeigen

Als sichtbares Zeichen gegen Diskriminierung und Homophobie haben SoHo-Vorsitzender Peter Traschkowitsch und Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter die Regenbogenfahne an der SPÖ-Zentrale in der Löwelstraße gehisst.



Parlez-vous français?

Zukünftig können 200 österreichische Beamte wieder die Schulbank drücken und Französisch lernen. Ermöglicht wird das von der Internationale de la Francophonie, mit der Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ein Abkommen unterzeichnete.



Sonne tanken

Den ersten Solarbus „made in austria“ konnte Verkehrsministerin Doris Bures präsentieren. Der Bus mit Solardach ist der erste österreichische Elektrobuss für den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr.

